



HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 03 / 12

17. Mai 2012

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,
der **Ostermarsch** hat wieder viel Kraft gefordert. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben, dass alles so gut geklappt hat, und allen, die durch ihre Spenden den Aufwand für Lautsprecherwagen, Flugblätter, Plakate und Anzeige erst ermöglicht haben. Unter Forumsaktiven war einhellige Meinung: Der Aufwand hat sich gelohnt. Von vielen wurde positiv bewertet, dass wir zum traditionellen Montag zurückgekehrt sind und dass es wieder eine Friedensandacht gegeben hat. Gelegentlich war die Kritik zu hören, die Strecke habe nur am Anfang und am Ende durch *bewohntes Gebiet* geführt. Das lässt sich nicht von der Hand weisen, aber: Wenn man zum Carl-von-Ossietzky-Platz will, gibt es kaum eine Strecke, bei der das anders ist, und bei besserem Wetter wären dazwischen – an der Alster – auch mehr *Sehleute* gewesen. Mir hat sehr gefallen, dass die Demonstration sehr bunt und vielfältig war und dass viele Jugendliche teilgenommen haben. Gelungen fand ich unser Konzept für das Friedensfest mit einer Mischung aus mehreren – kurzen – Beiträgen von Rednerinnen und Rednern aus verschiedenen Bereichen und zu unterschiedlichen Themen, gemischt mit Musik. Einige der Reden findet ihr in diesem Rundbrief. Angesichts des Wetters fanden wir die Beteiligung recht gut – auch wenn wir uns natürlich deutlich mehr gewünscht hätten. Beachtlich war auch das Medieninteresse in diesem Jahr. Für den nächsten Ostermarsch haben wir uns vorgenommen, mit der Vorbereitung schon im November anzufangen und mehr Personen und Gruppen zur Diskussion über den Aufruf, die Strecke und das Programm zu beteiligen – mal sehen, ob das klappt.

Kurz nach Ostern war **Mitgliederversammlung** des *Hamburger Forum e. V.* fällig. Die anwesenden Mitglieder konnten feststellen, dass wir in den vergangenen zwei Jahren recht viel auf die Beine gestellt haben, obwohl wir durch den Wegzug von Lühr Henken und einige Krankheitsfälle personell deutlich geschwächt waren. Erfreulich war auch der Finanzbericht: Alle Aktivitäten konnten mit den Mitgliedsbeiträgen und den vielen Spenden finanziert werden. In den Vorstand wurden gewählt: Wolfgang Kirstein als Vorsitzender und Markus Gunkel, Thea Rann, Peter Schenzer und Sönke Wandschneider als Stellvertreter.

Beteiligt haben wir uns wieder an den Veranstaltungen vom *Bündnis für ein Deserteursdenkmal in Hamburg am Kriegsklotz*. Erst gab es am 26. April eine Veranstaltung zum Gedenken an die Bombardierung von **Guernika** durch die Nazi-Luftwaffe vor 75 Jahren. Die Rede, die Gudrun Meyer dort für das Forum gehalten hat, dokumentieren wir in diesem Rundbrief. Am 12. Mai folgte dann die **4. Klotzparty**. Alle, die da waren, waren begeistert: Das war die beste der bisherigen Klotzpartys, mit einem ganz tollen, abwechslungsreichen Kulturprogramm von über drei Stunden und interessanten Redebeiträgen, leider bei kaltem und windigem Wetter.

Mit einer ganzen Reihe von Gruppen und Organisationen laden wir zu einer interessanten Veranstaltung ein:

Ägyptischer Frühling – Zwischen Revolution und Militärherrschaft
Veranstaltung mit dem Militärkritiker Maikel Sanad und seinem Bruder Mark
Donnerstag, den 24. Mai 2012, 19 Uhr
Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, Ostflügel, Raum 221

Am 2. Juni wollen die Nazis unter dem rassistischen Motto „Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“ in Hamburg demonstrieren. Um dem eine klare Absage zu erteilen, ruft ein breites Bündnis, dem sich auch das Forum angeschlossen hat, zu einer Demonstration und gewaltfreien Blockaden auf:

2.6.2012 HAMUBRG • NAZIS BLOCKIEREN!
BLOCKIEREN: DA, WO DIE NAZIS SIND
DEMONSTRIEREN: 9:30 UHR, GERHARDT-HAUPTMANN-PLATZ

Weil die von den Nazis angemeldete Route durch die Versammlungsbehörde verboten wurde, ist noch nicht klar, wo die Nazis demonstrieren werden. Darüber wird wohl vor Gericht entschieden. Unsere Demonstration findet aber auf jeden Fall wie angekündigt statt. Aktuelles könnt ihr immer auf der Internetseite vom *Hamburger Bündnis gegen Rechts* erfahren: www.keine-stimme-den-nazis.org.

Gern weisen wir auf die folgende wichtige und interessante Veranstaltung hin:

Herausforderung Verfassungsschutz
Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist
Mittwoch, den 23. Mai 2012, 19.30 Uhr • Universität Hamburg
Edmund-Siemers-Allee 1 • Erwin-Panofsky-Hörsaal (Ptr., hinten, links)
Veranstalter: Humanistische Union Hamburg gemeinsam mit Prof. Dr. Michael Th. Greven

Anfang des Monats haben wir über den E-Mail-Verteiler des Rundbriefs ein Flugblatt verschickt, mit dem eine syrische Gruppe zu einer „**Demonstration für Syrien**“ aufgerufen hatte. Dabei hatte ich darauf hingewiesen, dass unter den Forderungen auf dem Flugblatt neben solchen, die auch von der Friedensbewegung vertreten werden, auch welche sind, die nicht von allen mitgetragen werden. Das war wohl nicht deutlich genug. Jedenfalls haben uns einige vorgeworfen, wir würden uns damit hinter Assad stellen. Deshalb liegt uns an einer **Klarstellung**: Weder das Hamburger Forum noch ich persönlich ergreifen Partei für Assad und sein Regime. Unsere Solidarität gilt der gewaltfreien demokratischen Opposition in Syrien. Das ergibt sich auch schon aus dem von uns gedruckten und verteilten Aufruf „Hände weg von Syrien und Iran“, den wir im letzten Rundbrief veröffentlicht haben. Trotzdem finden wir es nach wie vor richtig, auch über regierungsnahe syrische Gruppen zu informieren, weil doch klar ist, dass sie einen nicht unbedeutenden Teil der syrischen Bevölkerung darstellen und eine Chance für eine halbwegs friedliche Lösung in Syrien nur besteht, wenn sie einbezogen werden. Das ist auch der Ansatz von Kofi Annan, dem wir doch nur allen Erfolg wünschen können. Zu befürchten ist allerdings, dass die Situation in Syrien weiter eskaliert wird. Deshalb muss sich die Friedensbewegung vertieft mit diesem Problem beschäftigen und darf sich nicht von irgendeiner Propaganda – von wem auch immer – beeindrucken lassen. Hierzu einige Quellen im Internet: www.imi-online.de/2012/04/05/burgerkriegspatenschaft
www.imi-online.de/2012/03/20/syrien-die-militarisierung-der-proteste-und-die-strategische-unvernunft-der-gewalt-2
www.ag-friedensforschung.de

Und wie immer zum Schluss die Termine der nächsten **Vorstandssitzungen** mit Gästen:

Dienstag, den 29.05.12, den 12.06.12, den 26.06.12 und den 10.07.12
jeweils um 19.30 Uhr bei der VVN / BdA – Hein-Hoyer-Straße 41 – St. Pauli.

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, kann sich an uns wenden: Tel.: 551 38 91.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kirstein

Reden zum Ostermarsch 2012

Sönke Wandschneider für das Forum zur Eröffnung

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, am Mittwoch letzter Woche veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung im Feuilleton mit deutlichem Hinweis auf Seite eins ein Gedicht von Günter Grass mit dem Titel „Was gesagt werden muss“. Seitdem vergeht kein Tag in der veröffentlichten Meinung ohne Verachtung und Häme für den Schriftsteller, bis hin zu dem vernichtenden Urteil: Grass sei ein Antisemit. Ein Empörungswettbewerb scheint ausgebrochen bis hin zur Entscheidung der israelischen Regierung gestern, Günter Grass zur „persona non grata“ zu erklären, zur „unerwünschten Person“; in Israel ist er nicht nur unerwünscht, er würde an der Grenze zurückgewiesen, wenn er denn die Einreise begehrte. Nur wenige Promis scheren aus der Empörungs-Phalanx aus: Klaus Staeck (Plakatkünstler und Präsident der Berliner Akademie der Künste), der Schweizer Dichter Adolf Muschg, Jacob Augstein (Herausgeber des FREITAG), die israelische, seit 22 Jahren in Deutschland lebende Friedensaktivistin Felicia Langer und ihr Mann Mieciu.

Welch unerhörte Provokation hat sich der Dichter geleistet, welches *Tabu* hat er gebrochen? Wobei zum Wesen

des Tabus gehört, dass es ein Stillschweigen über etwas gebietet, was zwar gewusst oder geahnt wird, aber unausgesprochen bleiben muss. Um welche Tabus geht es? Er hat behauptet: Die Atommacht Israel gefährde den ohnehin brüchigen Weltfrieden. Und: Ein weiteres deutsches U-Boot soll nach Israel geliefert werden, dessen Spezialität darin besteht, allesvernichtende Sprengköpfe dorthin lenken zu können, wo die Existenz einer einzigen Atombombe unbewiesen ist. Und Grass bekennt: Ich schweige nicht mehr, weil ich der Heuchelei des Westens überdrüssig bin.

Sicher kann man zur dichterischen Qualität dieses Poems unterschiedlicher Meinung sein, man kann sie ganz in Frage stellen, man muss die Behauptung kritisieren, dass es der israelischen Regierung um die „Auslöschung“ des Iranischen Volkes ginge, kurz, das Gedicht gehört sicher nicht zu den großen Werken von Grass. Es geht Günter Grass auch nicht um eine Verharmlosung des iranischen Regimes, des weltlichen und religiösen Regimes, brutal und über Leichen gehend wie alle diktatorischen Regime. Aber er weist sehr klar darauf hin, dass nicht der Iran, sondern Israel über Atomwaffen verfügt, sehr viele sogar, dass es nicht der Iran ist, sondern Israel, das dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten ist und sich damit einer internationalen Kontrolle entzieht, dass sich Deutsch-

land mit der Lieferung eines weiteren atomwaffenfähigen U-Bootes gegebenenfalls der Beihilfe eines von Israel öffentlich diskutierten Präventivkrieges gegen den Iran bzw. seine Atomanlagen schuldig macht. Atomwaffenfähige U-Boote sollen auch die Zweitschlagsfähigkeit garantieren, frei nach dem perversen Motto: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter.

Für uns Friedensbewegte ist das alles nichts Neues, wir wussten das auch schon vor dem 4.4.2012. Aber ein Prominenter wie Günter Grass, ein VIP, ein Literatur-Nobelpreisträger, bisher eher als Freund Israels bekannt, sagt und schreibt so etwas nicht, auch wenn es die Wahrheit ist, nichts als die Wahrheit. Es ist wahrhaftig an der Zeit, wie Grass es formuliert, dafür zu sorgen, „dass eine unbehinderte und permanente Kontrolle des israelischen atomaren Potentials und der iranischen Atomanlagen durch eine internationale Instanz von den Regierungen beider Länder zugelassen wird“. Das ist kein Antisemitismus wie es viele der hysterisch Empörten behaupten; dieser Vorwurf kommt fast reflexartig – es ist ein Totschlagargument, wir kennen es aus anderen Zusammenhängen, z. B. wenn es um die notwendige Kritik an der israelischen Regierungs- und Besatzungspolitik gegenüber den Palästinensern geht. Und was hat das alles mit dem Ostermarsch 2012 zu tun, mit unseren zentralen Forderungen:

- Bundeswehr raus aus Afghanistan!
- Kriegsvorbereitungen stoppen!
- Atomwaffen abschaffen, Atomkraftwerke abschalten!

Wir wollen nicht in den nächsten Krieg mit hineingezogen werden, nachdem Angela Merkel 2008 in Jerusalem der israelischen Regierung öffentlich bekundet hat: Die Sicherheit Israels gehört zur deutschen „Staatsräson“, und „wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben“. Mit anderen Worten: Soldaten der Bundeswehr müssten mitkämpfen, wenn es denn zu einem Krieg zwischen Israel und dem Iran käme. Wir lehnen diese Kriegsbeteiligung ebenso ab wie die in Afghanistan, wo unsere Freiheit eben gerade nicht verteidigt wird.

Wir protestieren gleichzeitig gegen jede Kriegsunterstützung, jede Kriegsvorbereitung oder auch „nur“ Kriegsdrohung. Die Drohkulisse nicht nur gegenüber dem Iran und seinem Regime wird ständig erhöht, auch Syrien wird immer stärker bedroht. So wie in den Kriegen gegen den Irak oder in Libyen ist immer häufiger von „Regime Change“ die Rede, Entmachtung der jeweiligen Regierung. Die Rebellen werden immer stärker unterstützt, ideologisch, finanziell und militärisch; Saudi Arabien und Katar haben auf einer Konferenz der „Freunde Syriens“ am letzten Wochenende in Istanbul den bewaffneten oppositionellen Gruppen in Syrien für dieses Quartal gerade 100 Millionen US \$ zugesagt für Waffen und die Bezahlung von Söldnern. Herr Wester-

welle und Frau Clinton waren Teilnehmer dieser Konferenz. Es ist nicht bekannt, dass sie auf die Konferenzteilnehmer deeskalierend eingewirkt haben, auch wenn sie behaupten, militärisch nicht in den Bürgerkrieg eingreifen zu wollen.

Rüstungsexporte – wohin auch immer sie gehen, ob die sechs U-Boote nach Israel, ob die 270 Kampfpanzer Leopard II nach Saudi-Arabien oder Heckler und Koch-Sturmgewehre in alle Welt – dienen der Kriegsvorbereitung, der Kriegsführung, nicht der Verhinderung von Kriegen. Ein Verbot aller Rüstungsexporte gehört ins Grundgesetz. Die Richtlinien zum Rüstungsexport sind ja nicht einmal einklagbar, faktisch sind sie ohnehin nicht in Kraft.

Und in Bezug auf die mehr als 20.000 Atomwaffen, die von den USA, Frankreich, Grossbritannien, Russland, Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea, absehbar sicher auch Iran angehäuft zum Einsatz bereit liegen oder bereit gemacht werden können, kann nur die generelle Forderung lauten:

ABSCHAFFEN ! ALLE ! VERSCHROTTEN !

Fangen wir damit mit den in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen an, warum ist unsere Regierung hier so untätig?

Mit dem auch so entstehenden Atommüll wissen wir ohnehin nicht: Wohin? Dass auch deswegen die Atomkraftwerke abgeschaltet werden müssen, hat ja zumindest unsere Regierung inzwischen begriffen, allerdings erst ausgelöst durch die Katastrophe von Fukushima. Die Bundeskanzlerin und studierte Physikerin hätte auch schon vorher wissen können, dass es ein Restrisiko von Null nicht gibt.

Eine Anmerkung: 1983 war es Günter Grass, der in Mutlangen das US-Raketenlager mit blockierte, hier sollten die Pershings stationiert werden, Raketen mit atomaren Sprengköpfen.

Aber es kommt bei der aufgeputschten veröffentlichten Kampagne gegen das Grass-Gedicht und seinen Autor noch ein wichtiges Moment hinzu: Es geht um den Nahen und Mittleren Osten, in dem sich ca. 60 % der weltweit bekannten Erdöl- und Gasvorkommen befinden, auf die nach wie vor und immer mehr

alle scharf sind. In dieser Region sind aber auch gleichzeitig etliche der Atommächte präsent: Die USA mit ihren atomar bewaffneten Marine-Einheiten, Russland, Indien, Pakistan, Israel. Statt weiter Aufrüstung zu betreiben, müsste es ähnlich wie seinerzeit in Europa die KSZE (Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) für diese spannungsgeladene Region eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten geben mit dem ersten Ziel, dort eine atomwaffen-



freie Zone einzurichten. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie sich diesen Vorschlag zu eigen macht und ihn forciert vorantreibt. Das wäre eine nachhaltige Friedenspolitik, die diesen Namen verdiente. Die Regierung in Berlin hätte also viel zu tun, wenn es ihr wirklich um den Frieden ginge.

Und Hamburg, die heimliche Rüstungshauptstadt der Republik und einer der größten Umschlagsplätze für den Rüstungsexport? Mit fast 100 Rüstungsfirmen, allen voran EADS-Airbus und „Blohm und Voss“? Auch vor Ort gibt es viel zu tun, wir werden nachher auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz während des Friedensfestes noch einiges dazu hören.

Wir sind leider noch nicht am Ende in unserem Kampf für

- Frieden,
 - Solidarität,
 - soziale Gerechtigkeit,
 - Demokratie und ökologische Vernunft,
- in unserem Kampf
- gegen Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit.

Packen wir es an und lassen uns nicht entmutigen, beginnen wir mit der Aufklärung: „Was gesagt werden muss“.

Karin und Gerd Steinbrinker für den Deutsch-Palästinensischen Frauenverein e. V.

Karin: *Wir sprechen stellvertretend für Palästinenserinnen und Palästinenser.*

Gerd: *Mein Name ist Mahmud Ghali, Palästinenser aus Jenin. Ich bin Häftling Nr. 6632. Ich bin einer von 219 Gefangenen in Israel ohne Anklage. Meine Haftdauer ist unbekannt. Ich darf keinen Besuch empfangen und bin aus diesem Grund seit 21 Tagen im Hungerstreik.*

Karin: *Ich bin Sarah Al Masri, Palästinenserin aus Gaza. Ich habe durch den israelischen Angriff „Gegossenes Blei“ meinen Mann und eine Tochter verloren. Ich weiß nicht, wie ich meine anderen Kinder ernähren soll. Wegen der Blockade des Gazastreifens, jetzt schon seit 5 Jahren, können mir auch meine Verwandten nicht helfen. Ich bin auf die Hilfe von Nachbarn und humanitären Organisationen angewiesen.*

Gerd: *Ich bin Ahmed Zarun, Fischer aus Beit Lahia im Gazastreifen. Jeden Tag fahre ich aufs Meer, um zu fischen, aber da gibt es fast nichts mehr zu fischen. Die Israelis haben die Zwölf-Seemeilen-Grenze auf drei Seemeilen verkleinert, und da gibt es kaum noch Fische. Und da werden wir außerdem fast jede Nacht von israelischen Marinebooten angegriffen. Sie bombardieren uns mit Wasserkanonen. Einmal wäre beinahe mein Boot gesunken. Manchmal schießen sie auch scharf. Meinen Freund Mohamad haben sie gestern abgeschleppt. Ich weiß nicht, was mit ihm passiert ist. Wie sollen wir da unsere Kinder durchbringen?*

Karin: *Ich bin Fawzia, Mutter von Bilal, aus dem Flüchtlingslager Kalandia in der Westbank. Bilal ist 14 Jahre alt. Vor einem halben Jahr haben sie meinen Jungen zusammen mit 21 anderen Jungen verhaftet. Erst vorgestern durfte ich ihn zum ersten Mal wieder sehen – bei der Gerichtsverhandlung. Ich musste weinen, ob ich wollte oder nicht. Er war an Händen und Füßen gefesselt und sah so dünn aus. Er sah nur kurz zu mir herüber und fragte, ob es uns allen gut geht. Da musste ich wieder weinen. Er ist so tapfer! Die Anklage war,*

dass er zusammen mit anderen Jungen Steine auf Soldaten geworfen hätte. Bilal gab es zu – was hätte er auch sonst tun sollen. Dann wurde er abgeführt. Ich weiß nicht, wie lange er jetzt noch im Gefängnis bleiben muss oder ob wir ihn für Geld frei bekommen.

Gerd: *Ich bin Murad Stayeh, der Vater von Momen, aus Kufr Qaddoum in der Westbank. Am 2. April kam wieder mal ein Pulk israelische Soldaten in unser Dorf. Das passiert jetzt fast jeden Tag, weil wir gegen die Besatzung und gegen die Siedlungen protestieren. Dieses Mal stürmten sie plötzlich auf unser Haus los, traten die Tür ein und brüllten, sie wollten meinen Sohn Momen verhaften, er hätte sie angegriffen mit einer Schleuder! Momen ist genau 2 ½ Jahre alt! Er hatte nie eine Schleuder, damit könnte er ja gar nicht umgehen. Die Soldaten brüllten, Momen solle ihnen sofort die Schleuder übergeben, die er gar nicht hatte, sonst würden sie ihn verhaften. Erst nach einer halben Stunde, in der inzwischen alle Nachbarn zu Hilfe gekommen waren, zogen sie ab. Unser kleiner Momen war natürlich total verschreckt und konnte sich gar nicht wieder beruhigen. Und das ist die „moralischste Armee der Welt“ in der „einzigsten Demokratie im Nahen Osten“!*

Karin beschließt den Beitrag mit einem Resümee:

Günter Grass sagt: „Was gesagt werden muss ...“ Aber es muss noch viel mehr gesagt werden,

- dass vor allem Palästina bedroht ist,
- dass Landraub und Vertreibung in erschreckendem Tempo weitergehen,
- dass die illegalen Siedlungen immer weiter ausgebaut werden und neue dazu kommen,
- dass Christen und Muslime systematisch aus Ostjerusalem vertrieben werden und 40 Prozent aller palästinensischen Häuser in Ostjerusalem vom Abriss bedroht sind,
- dass in Israel 30.000 Beduinen, die eigenen Staatsbürger, zwangsumgesiedelt werden sollen und ihre Lebensgrundlage verlieren,
- dass jeden Tag palästinensische Kinder in israelischen Foltergefängnissen für ihr ganzes Leben traumatisiert werden, dass Gaza seit fünf Jahren blockiert, belagert, von der Welt abgeschnitten ist und kleine Kinder sterben müssen, weil es keinen Strom im Krankenhaus und keine Medikamente gibt.

Alles das muss gesagt werden, aber auch, dass es tapfere jüdische Freunde in Deutschland, in Israel und weltweit und viele internationale Friedensaktivisten gibt, die zu einer solchen Politik nicht mehr schweigen.

Sie sagen mit uns NEIN zu Besatzung, Blockade, Vertreibung und Apartheid!

Kristina Esch für das Bündnis Bildung ohne Bundeswehr – BoB

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, wir, das Hamburger Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“, freuen uns sehr, dass wir eingeladen wurden, an dieser Stelle eine kurze Rede zu halten.

Der Ostermarsch findet seit mehreren Jahrzehnten in jedem Jahr als Protestaktion der Antikriegs- und Friedensbewegung statt. Ich hoffe, der Ostermarsch wird auch weiterhin jedes Jahr stattfinden – so lange bis wir es geschafft haben, eine Friedensbewegung herzustellen, die eine an-

dere Gesellschaft einrichten will und die groß genug ist, um die Welt zu verändern – in eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Leid und Elend, eine Gesellschaft ohne Kriege.

Die Kriege, die heute geführt werden, sind nicht mehr dieselben, wie die, die die Anfänge der Ostermarschbewegung markiert haben – auch die Friedensbewegung muss sich aus unserer Sicht mit der neuen kapitalistischen Weltordnung, den neuen imperialistischen Kriegen und ihren Folgen außer- und auch innerhalb der Bundesrepublik beschäftigen. Zu diesen Folgen gehört auch die zunehmende und teilweise neu ausgerichtete Militarisierung der hiesigen Gesellschaft, z. B. die neuen Formen der Werbung, die die Bundeswehr in Deutschland für ihre Kriegemacht, oder die vermehrte Rekrutierung von jungen Menschen an Schulen und anderen Bildungsorten. Auch in Hamburg sind die Jugendoffiziere und WehrdienstberaterInnen regelmäßig an den Schulen und an außerschulischen Lernorten. Die von Unternehmen und Politik verursachte Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen wird von der Bundeswehr für ihre Rekrutierung schamlos ausgenutzt. Wir haben uns als Bündnis zusammengeschlossen, um über die Rekrutierung und die öffentlichen Auftritte der Bundeswehr zu informieren. Wir wollen aber auch Protest und Widerstand dagegen organisieren.

Aber warum lehnen wir die Auftritte der Bundeswehr eigentlich ab? Nicht nur, weil wir die Bundeswehr generell als militärische Institution ablehnen. Die militärische Renaissance des deutschen Imperialismus zeigt sich nicht zuletzt an den elf Einsätzen, in denen die Bundeswehr derzeit tätig ist. Für die herrschende Elite im Land ist Krieg wieder zu einem akzeptablen Mittel der Außenpolitik geworden. Es geht der Bundesregierung nicht etwa darum, weltweit für Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen. Es geht ihr darum, geostrategische, wirtschaftliche und machtpolitische Interessen bundesdeutscher Konzerne und PolitikerInnen zu verteidigen. Gemeinsam mit westlichen Alliierten wird heute außerdem weltweit die Vorherrschaft des westlichen Kapitalismus mit Waffen verteidigt.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 und die Bundeswehrreform bringen den Kurs der Bundesregierung klar zum Ausdruck: Kriege mit deutscher Beteiligung werden vom Ausnahme- zum Normalzustand. Im Zuge der so genannten Sicherheitspolitik wird eine Struktur der Bundeswehr geschaffen, die diese Anforderungen und Waffengänge auf Höhe der Zeit zulässt. Alle Reformen der Bundeswehr spiegeln diesen Zweck wieder:

- die Umstrukturierung zu einer Berufs- und Freiwilligenarmee,
- die Straffung der Hierarchien und Kommandoebenen,
- die Reduktion der Stäbe und der Aufbau von Kriegstruppen für mehrere parallele Kriegseinsätze,
- der Ausbau der kriegsfähigsten Teile der Bundeswehr,
- der Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit zum Zweck effektiverer Einsätze.

Genau für diese Zwecke MUSS die Bundeswehr nicht nur ihre interne Personalpolitik verändern, sondern auch ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Sie muss Kriege für die Bevölkerung zur Normalität werden lassen und neue Sol-

datInnen rekrutieren, die an den neuen Fronten morden und ermordet werden. Eine Armee ohne Nachwuchs kann im Ausland keine Kriege führen. Eine Armee ohne Akzeptanz an der so genannten Heimatfront kann ebenfalls keine Kriege gewinnen.

Deshalb MÜSSEN WIR an diesen Punkten anknüpfen und der Bundeswehr einen Strich durch die Rechnung machen. Wir rufen dazu auf, sich am Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“ zu beteiligen: Werdet aktiv im Kampf gegen Rekrutierung, Schönfärberei von Kriegspolitik und Militärwerbung!

Gernika-Gedenken am 26.04.12

Rede von Gudrun Meyer für das Hamburger Forum

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Gäste, wir gedenken heute der Bombardierung und Zerstörung Gernikas durch die Legion Condor. Guernica ist, nicht zuletzt durch das Gemälde von Pablo Picasso, ein Symbol für die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen im Spanischen Bürgerkrieg geworden, aber nicht nur dafür, sondern für sämtliche Kriegsgräueltaten.

In der Folge möchte ich hauptsächlich auf den historischen Hintergrund und die Täter eingehen. Nach den letzten freien Wahlen in der Zweiten Spanischen Republik übernahm im Februar 1936 ein Volksfrontbündnis, das hauptsächlich aus linken Parteien bestand, die Regierung. Gegen diese legitime Regierung putschten die Milizen der faschistischen Falange Española unter General Franco, im Bündnis mit den Royalisten. Die Putschisten wurden vom faschistischen Italien unter Mussolini unterstützt (der bereits 1926 sämtliche oppositionellen Parteien verboten hatte), aber hauptsächlich vom nationalsozialistischen Deutschen Reich.

In Deutschland hatten seit der Machtübernahme der Nazis 1933 die Kriegsvorbereitungen begonnen, indem die Rüstungsindustrie angekurbelt wurde, um neuartige Waffen, Kriegsschiffe und Bomber herzustellen. Diese Waffen und Bomber setzten die Nazis erstmals gezielt im Spanischen Bürgerkrieg ein. Die Soldaten der Legion Condor agierten in Spanien verdeckt und trugen keine identifizierbaren Uniformen. Bereits im Juni 1936 transportierten zivile Flugzeuge der Lufthansa aufständische Truppen aus Spanisch-Marokko nach Cádiz und Málaga, wodurch der Militärputsch vom 17. Juli ermöglicht wurde. Seit Juli 1936 befanden sich auch deutsche Soldaten in Spanien. Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht wurden am 1. August 1936 von Hamburg aus, getarnt als Urlaubsreisende, nach Spanien verschifft. Die spanischen Faschisten begannen anschließend unzählige Verbrechen. Ein Beispiel unter vielen ist die Ermordung des bedeutendsten spanischen Dichters des 20. Jahrhunderts, Federico Garcia Lorca, durch Milizen der Falange am 19. August 1936.

Nachdem sich der Militärputsch zum Bürgerkrieg ausgeweitet hatte, kämpften ab Oktober 1936 Freiwillige in den Internationalen Brigaden auf Seiten der gewählten spanischen Regierung. Die Interbrigadisten kamen aus 50 Ländern, darunter Frankreich, die USA, Kanada, die Schweiz, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen und

die Sowjetunion. Auch etwa 5000 deutsche und 4000 italienische Antifaschisten kämpften in den Internationalen Brigaden, bis sie auf Betreiben der Briten und Franzosen 1938 aufgelöst werden mussten. Trotz der heuchlerischen Unterzeichnung einer „Nicht-Interventions-Vereinbarung“ im September 1936 griff die nationalsozialistische Legion Condor spätestens ab 1937 in alle Kampfhandlungen im Spanischen Bürgerkrieg ein, so auch beim Bombardement von fliehenden Zivilisten im Massaker von Málaga im Februar 1937, ein Verbrechen, das bislang nur unzureichend von Historikern aufgearbeitet wurde. Dem Luftangriff auf Gernika ging am 31. März 1937 die Bombardierung der Kleinstadt Durango im Baskischen Autonomiegebiet voraus, wobei 500 Menschen ums Leben kamen. Das bekannteste Kriegsverbrechen ist die Zerstörung Gernikas am 26. April 1937.

An diesem Tag bombardierte die Legion Condor unter dem Luftwaffengeneral Wolfram von Richthoven die baskische Kleinstadt, die 5.000 bis 6.000 Einwohner hatte und als heilige Stadt der Basken galt. Angebliches Ziel des Bombardements war eine Brücke. Stattdessen warfen die NS-Piloten Sprengbomben, Splitterbomben und Stabbrandbomben über der Stadt ab. Dies war das erste systematische Flächenbombardement einer Stadt, und die Opfer waren Zivilisten. Es kam hinzu, dass Angehörige der Luftwaffe, wie später beim Überfall auf Polen im September 1939, auf wehrlose Menschen schossen. Den Bomben und dem anschließenden Großfeuer in Gernika fielen Hunderte von Menschen und fast 80 % der Gebäude zum Opfer.

Nur wenige Tage nach dem Bombardement nahmen die Franco-Truppen die zerstörte Stadt ein und bis Mitte Juni das gesamte baskische Autonomiegebiet. Nachdem die Falangisten Francos vornehmlich mit deutscher Unterstützung und den überlegenen deutschen Waffen, darunter seit 1938 auch Sturzkampfbomber („Stukas“), bis Ende März 1939 die Demokratie in Spanien niedergeknüppelt hatten, begannen die Nazis im selben Jahr mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Zuvor hatten sich die Nazis offen zu der Intervention im Spanischen Bürgerkrieg bekannt, und Hitler ordnete am 14. April 1939 die Verleihung des sogenannten „Spanienkreuzes“ als erste offizielle nationalsozialistische Kriegsauszeichnung an. Am 31. Mai 1939 verlieh Hermann Göring vielen Kriegsverbrechern der Legion Condor bei ihrer Ankunft in Hamburg diesen Kriegsorden. Insgesamt wurden 26.116 Mitglieder der Legion Condor mit dem Spanienkreuz ausgezeichnet. Im Juni 1939 fand zusätzlich eine Siegesparade der Legion Condor in Berlin statt.

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs und der Zeit nach der Befreiung 1945 gab es eine erschreckende Kontinuität: Das faschistische Regime Francos konnte sich bis 1975 halten, nicht zuletzt, weil Franco bereits 1938 im Falle eines Krieges in Europa die Neutralität Spaniens erklärt hatte. Mehr als 100.000 Regimegegner wurden nach dem Ende des Bürgerkriegs Opfer des spanischen Faschismus. Erst nach Francos Tod 1975 begann ein Demokratisierungsprozess.

Ebenso erschreckend ist die Kontinuität in Deutschland: Viele Mitglieder der Legion Condor begingen im

Zweiten Weltkrieg weitere Verbrechen, wie beispielsweise Oscar Dirlwanger. Er war ein mehrfach verurteilter Krimineller und seit 1922 Mitglied der NSDAP. Im Zweiten Weltkrieg befehligte er die wegen ihrer Brutalität berüchtigte SS-Sondereinheit Dirlwanger. Neben zahlreichen Kriegsverbrechen wie dem Mord an Zivilisten war er 1944 für die blutige Niederschlagung des Warschauer Aufstands verantwortlich.

Zehn Jahre nach der Befreiung trat die Bundesrepublik 1955 im Zuge der Wiederbewaffnung der Nato bei. Verschiedene Mitglieder der Legion Condor wurden als ranghohe Offiziere in die Bundeswehr übernommen, wie die Generäle der Luftwaffe Hermann Aldinger und Martin Harlinghausen. Otto Bertram, der nachweisbar an der Zerstörung Gernikas beteiligt war, wurde Major und Presseoffizier im Führungsstab der Bundeswehr. Heinz Trettner, ebenfalls ein Mitglied der Legion Condor, war seit 1960 kommandierender General des 1. Korps der Bundeswehr und von 1964 bis 1966 Generalinspekteur der Bundeswehr.

Einige Mitglieder der Legion Condor wurden in der Bundesrepublik mit militärischen Ehren bestattet, und nach dem *Mythos von der sauberen Wehrmacht* wurden sogar Kasernen nach ihnen benannt. Erst nach dem 60. Jahrestag der Bombardierung Gernikas und vor allem durch die Ausstellung *Verbrechen der Wehrmacht* setzte in Deutschland ein Umdenken ein. Trotzdem waren noch bis 2005 ein Jagdgeschwader der Bundeswehr und eine Kaserne nach Werner Mölders, einem Jagdflieger der Legion Condor, benannt, mit der fadenscheinigen Begründung, dass er ja nicht an der Bombardierung Gernikas teilgenommen habe. Eine erschreckende Parallele zur Bombardierung Gernikas aus jüngster Zeit – wieder mit deutscher Beteiligung – ist der von Bundeswehroberst Klein veranlasste Luftangriff am 4. September 2009 bei Kunduz in Afghanistan. Zu den Opfern gehörten mindestens 80 Zivilisten, darunter mehrere Jugendliche unter 16 Jahren.

Gernika war ein Fanal und mahnt, die historische Verantwortung ernst zu nehmen. Dazu gehört die Forderung der Friedensbewegung, endlich einen dauerhaften Frieden zu schaffen und zu erhalten. Dies kann nur durch Verhandlungen, echte humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit verwirklicht werden, nicht aber durch den Export von Waffen, Bombern und Kriegsschiffen oder die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen wie in Afghanistan.

Zur historischen Verantwortung gehört aber auch die Verhinderung von volksverhetzenden, faschistischen und rassistischen Aktivitäten wie dem bevorstehenden Neonaziaufmarsch durch die Hamburger Innenstadt am 2. Juni. Es muss unser aller Ziel sein, nie wieder faschistische Umtriebe zu dulden und den Nazis mit ihren menschenverachtenden, rassistischen Parolen nicht die Straße zu überlassen. Daher abschließend der dringende Aufruf, auch im Namen des Hamburger Bündnisses gegen Rechts: Protestiert gegen den Neonaziaufmarsch am 2. Juni. Beteiligt euch an der Demo und den geplanten gewaltlosen Aktionen, denn:

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!